

Berlin, 15.11.2024

„Gesetzes-Shortlist“ vor den Bundestags-Neuwahlen – Verbindungen schaffen mit Infrastrukturen für H2, CO2 und CH4 – ökonomische und ökologische Zukunft sichern.

Die politische Kompassnadel zeigt aktuell in Richtung Veränderung. Daher sind jetzt Orientierung und Verlässlichkeit gefragt. Es liegt in den Händen der politischen Entscheider im Bundestag, dass die rechtlich-regulatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Deutschland ökonomisch und ökologisch für die Zukunft gut aufgestellt ist sowie über funktionierende Energie-Infrastrukturen verfügt. In diesem Dokument sind vier maßgebliche Gesetzesvorhaben benannt, deren Verabschiedung noch vor der Neuwahl des Bundestages die Voraussetzungen für Carbon Management (1), den Wasserstoff-Hochlauf (2) und die sichere Versorgung mit Erdgas (3) für die Dekarbonisierung von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft schaffen. Ohne die Verabschiedung dieser Gesetzesvorhaben ist zu befürchten, dass sich Investitionsentscheidungen in Deutschland verzögern und die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes gefährdet wird.

(1) Carbon Management als eine Säule der Energiewende verbindet Klimaschutz mit der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und schafft neue CO2-Geschäftsmodelle.

- **Kohlenstoffdioxid-Speicherungsgesetz (KSpG)** – Verabschiedung sowie Inkludierung des überragenden öffentlichen Interesses.
 - **Warum ist das wichtig?**
Das Gesetz schafft die Grundlage für den CO2-Transport und das entsprechende Transportnetz zum Zwecke von CCU/S und somit einen Beitrag zur Erreichung der Net-Zero - Ziele für die Industrie wie bspw. Kalk, Zement und Chemie.
 - **Was passiert, wenn sich die Umsetzung aufgrund der Neuwahlen verzögert?**
Ohne das Gesetz können Genehmigungsverfahren für den Aufbau der CO2-Infrastruktur nicht begonnen werden. Das führt zu direkten Verzögerungen in der Projektentwicklung und hat somit direkte Auswirkungen auf die Dekarbonisierungsvorhaben der Grundstoffindustrie wie z. B. Zement, Kalk und Chemie. Hier besteht die Gefahr, dass der Wirtschaftsstandort diese Industriezweige ggf. verliert. Insgesamt ist hier Schnelligkeit gefragt. Denn: Der zügige Aufbau der Infrastruktur gelingt nur, wenn das überragende öffentliche Interesse im Gesetz inkludiert ist, was derzeit nicht der Fall ist.

(2) Wasserstoff ist die entscheidende Dekarbonisierungslösung für die Industrie und der Way Forward für die fossilfreie Zukunft – auch im Automobilbereich als nachhaltiger Brennstoff. Damit das notwendige Wasserstoffnetz schnellstmöglich gebaut werden kann und der Wasserstoff fließen kann, sollten folgende Vorhaben schnell verabschiedet werden.

- Das **Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG)** schafft die Voraussetzung, dass das Kernnetz und weitere damit im Zusammenhang stehende Regelungen schnellstmöglich umgesetzt werden – damit der H2-Hochlauf einen Booster erhält.
 - **Warum ist das wichtig?**
Unsere Klimaziele sind ambitioniert und nur mit Hilfe des Wasserstoff-Hochlaufs zu erreichen. Oft sind Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energie-Anlagen inkl. der erforderlichen Infrastruktur von Produktion/Importpunkt zum Verbraucher zu lang und aufwendig. Vereinfachungen für Wasserstoff-Anlagen beschleunigen den Wasserstoff-Hochlauf und ermöglichen die Bereitstellung von grüner Energie für die Industrie.

- **Was passiert, wenn sich die Umsetzung aufgrund der Neuwahlen verzögert?**

Wasserstoff-Vorhaben werden auf längere Sicht nicht in beschleunigten Verfahren genehmigt und umgesetzt. Der Wasserstoff-Hochlauf verzögert sich und die Erreichung der Klimaziele sowie die Bereitstellung grüner Energie für die Industrie werden erschwert.

- Das **Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG)** ermöglicht den Kohleausstieg, befördert die Transformation in unserer Stromproduktion und unterstützt den Wasserstoff-Hochlauf.

- **Warum ist das wichtig?**

Die vorgesehenen Ausschreibungen für unterschiedliche Kraftwerkstypen (Erdgaskraftwerke, H2-Ready-Gaskraftwerke, Umrüstung bestehender Kraftwerke sowie Sprinterkraftwerke) sind ein wesentlicher Schritt für eine erfolgreiche Energiewende. Sie fördern den Ausbau moderner und effizienter Energieinfrastrukturen.

- **Was passiert, wenn sich die Umsetzung aufgrund der Neuwahlen verzögert?**

Die Durchführung der vorgesehenen Auktionen im kommenden Jahr ist bei weiterem zeitlichem Verzug nicht möglich. Dies wird zu Verzögerungen bei der Transformation hin zu einer klimafreundlichen Energiewirtschaft führen und Investitionen verhindern.

(3) Erdgas treibt als Energieträger noch die Wirtschaft und Industrie an und wird als

Brückentechnologie benötigt, um die Versorgungssicherheit mit Energie bis zur vollen Marktreife von H2- und CO2-Geschäftsmodellen zu gewährleisten.

- Das **dritte Gesetz zur Änderung des EnWG zur Abschaffung der Gasspeicherumlage an Grenzübergangspunkten ab 01.01.2025** ist für die Erdgas-Versorgung unserer europäischen Nachbarn entscheidend.

- **Warum ist das wichtig?**

Durch dieses Gesetz wird der seit Einführung der Umlage um mehr als 90 % reduzierte Transit von Erdgas durch Deutschland besonders für unsere östlichen europäischen Nachbarn erleichtert. Die Abschaffung der Gasspeicherumlage an Grenzübergangspunkten und virtuellen Kopplungspunkten ist vor dem Hintergrund des Endes des Gas-Transits aus der Ukraine von großer Bedeutung.

- **Was passiert, wenn sich die Umsetzung aufgrund der Neuwahlen verzögert?**

Als Marktgebietsverantwortlicher wird Trading Hub Europe die Gasspeicherumlage weiter auch an Grenzübergangspunkten erheben und der Erdgas-Transit durch Deutschland bleibt für unsere Nachbarn weiterhin erschwert. Die übliche Veröffentlichungsfrist für die Neukalkulation der Gasspeicherumlage ist 6 Wochen vor dem 01.01.2025. Ein EU-Missbrauchsverfahren wegen Beschränkung des grenzüberschreitenden Handels würde wieder wahrscheinlicher und könnte u. U. auch das Risiko einer rückwirkenden Unwirksamkeit und damit Neukalkulation der Umlagenerhebung zur Folge haben, was dann auch zu einer Neukalkulation der Gaslieferverträge führen wird. Derartige unvorhergesehene Veränderungen in der Preisgestaltung bei Gaslieferanten stellen extreme Herausforderungen für Gaslieferunternehmen in Deutschland dar und führen oft zu chaotischen Kundenbeziehungen, da die an den Grenzübergangspunkten zu viel vereinnahmten Mengen jetzt von den anderen Ausspeisepunkten eingefordert bzw. im Extremfall eingeklagt werden müssten.